

## Die „whistleblowing“-Plattform WikiLeaks

Ein Garant für Transparenz, Gerechtigkeit und Partizipation oder eine gefährliche und unkontrollierbare Enthüllungsmaschinerie?

*Wolfram Ridder*



Wolfram Ridder

### 1. Worum geht es?

Die Internet-Plattform WikiLeaks, welche im April 2010 durch die Veröffentlichung des sogenannten „*Collateral murder*“-Videos, in welchem der Beschuss zweier Reuters-Mitarbeiter sowie weiterer unbewaffneter Zivilisten durch die Besatzungen von US-amerikanischen Apache-Kampfhubschraubern in Bagdad zu sehen war, einen medialen Coup landete und hierdurch erstmals weltweite Aufmerksamkeit erregte, existiert bereits seit dem Jahr 2006. Gegründet wurde die „whistleblower“-Plattform eigenen Angaben zufolge ursprünglich von chinesischen Dissidenten, Mathematikern sowie Technikern von Start-up-Unternehmen aus den USA, Taiwan, Europa, Australien und Südafrika.

(<http://tinyurl.com/y3s8zu7>)

Der Begriff „whistleblowing“ beschreibt hierbei die Handlungen von Personen, „die schwerwiegende Missstände in ihrem Arbeitsumfeld aus primär uneigennütigen Motiven aufdecken“.

(<http://tinyurl.com/6jw8mst>)

Ziel der Plattform ist es eigenen Angaben zufolge, der Öffentlichkeit ursprünglich vorenthaltene Dokumente einer kritischeren Untersuchung zugänglich zu machen, als dies je durch irgendein Medienunternehmen oder einen Geheimdienst geleistet werden könne, indem nämlich ein Forum bereitgestellt wird, welches es jedem Menschen ermöglichen soll, das veröffentlichte Material „schonungslos“ auf seine Glaubwürdigkeit hin zu überprüfen. Hierdurch soll es möglich werden, dass jede Organisation und jede Einzelperson in die Lage versetzt wird, die in den Dokumenten enthaltenen Informationen zu analysieren und zu interpretieren sowie in den entsprechenden größeren Zusammenhang zu setzen. Somit wird angestrebt Regierungen in aller Welt zur Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit zu verpflichten und auf diese Weise eine Reduzierung von Korruption, eine bessere Regierungsführung und eine gestärkte Partizipation der Bürger zu gewährleisten. Dieses ambitionierte Ziel fassen die Schöpfer von WikiLeaks wie folgt zusammen:

“We believe that it is not only the people of one country that keep their government honest, but also the people of other countries who are watching that government. That is why the ti-

me has come for an anonymous global avenue for disseminating documents the public should see.”

(<http://tinyurl.com/y3s8zu7>)

## 2. Die Chronologie der Veröffentlichungen durch WikiLeaks

Vergleicht man den aktuellen Medienhype um WikiLeaks mit der Aufmerksamkeit, welche die selbsternannten „Kämpfer für umfassende Offenheit“ bis zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des „*Collateral murder*“-Videos genossen, so kommt man wohl nur schwerlich umhin, die Anfangsjahre der Internetaktivisten als „beschaulich“ zu bezeichnen. WikiLeaks benannte nämlich als eigentliches Ziel seiner Veröffentlichungen anfangs vor allem „Unterdrückungsregime“ in Asien, der früheren UdSSR, im subsaharischen Afrika sowie im Nahen und Mittleren Osten, und folgerichtig bezog sich die erste Veröffentlichung auch auf ein afrikanisches Land, wenn dieser auch lediglich ein sehr eingeschränktes mediales Echo zuteil werden sollte. Es handelte sich hierbei um ein Dokument, welches der Anführer der somalischen Miliz „Union islamischer Gerichte“ unterzeichnet hatte und in welchem angeordnet wurde, Vertreter der somalischen Regierung durch angeheuerte Kriminelle ermorden zu lassen.

(<http://tinyurl.com/2e5w4he>)

Weitere Veröffentlichungen in den folgenden drei Jahren bezogen sich etwa auf die verbreitete Korruption in der Familie des kenianischen Präsidenten Daniel arap Moi, rechtlich fragwürdige Aktivitäten der Julius Baer Bank & Trust Company, ein Unternehmen der Schweizer Bankhausgruppe Julius Bär auf den Cayman-Inseln, Handbücher der Scientology-Kirche sowie den Inhalt von Sarah Palins E-Mailkonto, welches während des US-Präsidentenwahlkampfes 2008 gehackt wurde, und auf rechtlich fragwürdige Transaktionen bei der isländischen Kaupthing-Bank kurz vor dem Ausbruch der Finanzkrise im isländischen Bankensektor. Erstmals in einen größeren Konflikt mit der US-Administration geriet WikiLeaks dabei im November 2007, als die sog. „*Standard Operating Procedures for Camp Delta*“ veröffentlicht wurden, ein Handbuch zur Behandlung von Gefangenen auf dem US-Marinestützpunkt Guantanamo Bay. Hierdurch erwiesen sich Aussagen des US-Militärs bzgl. des Zugangs des IKRK zu den Gefangenen auf dem Stützpunkt in Teilen als unwahr.

(<http://tinyurl.com/6hdf8q>)

Ab April 2010 erfuhr das Spannungsverhältnis zwischen der US-Administration und WikiLeaks dann einen vorläufigen Höhepunkt, nachdem bereits in den Jahren zuvor die Handlungen der „Leaker“ in US-Regierungskreisen äußerst kritisch beäugt wurden. Die Veröffentlichung des bereits erwähnten „*Collateral murder*“-Videos sowie die im Juli und Oktober 2010 folgenden Veröffentlichungen des „*Afghan war diary*“ und der „*Iraqi war logs*“ ließen durch ihre Enthüllungen die Außenpolitik der USA und ihr militärisches Handeln im Irak und Afghanistan in denkbar schlechtem Licht erscheinen.

(<http://tinyurl.com/3325rph>; <http://tinyurl.com/35qbb9o>)

Als WikiLeaks schließlich am 28. November 2011 damit begann, die ersten von insgesamt 251.287 internen Berichten und Lagebeurteilungen von US-Botschaften in aller Welt an das US-Außenministerium zu veröffentlichen, worunter sich auch über 100.000 als geheim oder vertraulich eingestufte Berichte befanden und somit die „Cablegate“-Affäre auslöste, eskalierte der Konflikt zwischen den USA und WikiLeaks endgültig.

(<http://tinyurl.com/399rbqe>)

Politiker in den USA forderten die Todesstrafe wegen Hochverrats für den US-Soldaten Bradley Manning, welcher im Verdacht steht, zahlreiche der durch WikiLeaks veröffentlichten Dokumente weitergegeben zu haben, und rund um die Internetplattform selbst entstand – spätestens nach der Verhaftung des WikiLeaks-Anführers Julian Assange in Großbritannien aufgrund eines internationalen Haftbefehls wegen Vergewaltigungsvorwürfen in Schweden – ein bisher wohl einmaliger Cyber-war. Mittels sog. „distributed denial of service“-Angriffen wurden sowohl die Präsenz von WikiLeaks selbst als auch diejenigen von Unternehmen, welche etwa die Abwicklung von Spendenzahlungen auf Konten von WikiLeaks oder die Bereitstellung von Serverkapazitäten einstellten, angegriffen und vorübergehend zum Absturz gebracht.

(<http://tinyurl.com/2ucfabr>)

Angesichts dieser Entwicklungen mag es somit wohl kaum jemanden überraschen, dass die „Cablegate“-Affäre ein breites Medienecho hervorrief, in welchem sowohl energische Befürworter der Veröffentlichung – auch geheimer – Botschaftsdepeschen im Dienste der Presse- und Informationsfreiheit auftraten als auch solche Meinungen, welche Zweifel daran hegten, dass die ausnahmslose Veröffentlichung der US-amerikanischen Sicht auf die Weltpolitik tatsächlich verantwortbar und zu rechtfertigen sei. Im Folgenden soll dieser Debatte nun durch eine auszugsweise Nachzeichnung Raum gegeben werden.

### 3. Die Argumente der Verteidiger und Unterstützer von WikiLeaks

Relativ weitgehende Unterstützung erfährt das Handeln von WikiLeaks etwa im Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“. Thomas Darnstädt meint, dass die Auseinandersetzung gewissermaßen lediglich ein „Stellvertreterkonflikt“ um das generelle Verständnis von Pressefreiheit sei und schreibt:

„Bislang galt es in Staaten, die das Recht der freien Rede in ihren Verfassungen verbürgt haben, als selbstverständlich, Veröffentlichungen aus dem Inneren des Staates gerichtlich an der Elle der Gesetze zu messen. Richtige Staatsgeheimnisse zu veröffentlichen, ist auch hier stets verboten gewesen, der SPIEGEL-Gründervater Rudolf Augstein musste allein den Verdacht mit 103 Tagen Untersuchungshaft bezahlen – doch weil die Justiz sich an die Gesetze hielt und die Pressefreiheit letztlich mehr galt als die Empörung der Politik über einen SPIEGEL-Artikel zur Verteidigungsbereitschaft der Bundeswehr, ging es nicht der Presse, sondern der Regierung an den Kragen. Doch die Verfolger von Assange haben es nicht auf die Durchsetzung von Strafgesetzen abgesehen, diesmal geht es um das Prinzip. Das Großmaul aus Australien bietet willkommenen Anlass, die alten Ideen von der Pressefreiheit als Recht, das

man sich nimmt, statt es sich gewähren zu lassen, endgültig loszuwerden. Sind wir denn nicht im Krieg?“

Und weiter heißt es:

„Besonders bedrohlich an den „kriminellen“ Aktivitäten von WikiLeaks muss es den Kritikern erscheinen, dass bisher noch kein Strafgesetz gefunden wurde, gegen das die Störer der staatlichen Geheimniskrämerei verstoßen haben. Wie ratlos die Bewahrer der Staatsräson in ihren Folianten blättern, zeigt der Versuch der US-Justiz, nun ein umstrittenes Anti-Spionage-Gesetz aus dem Jahr 1917 heranzuziehen.“

(Der Spiegel 50/2010 vom 13.12.2010, S. 98)

Ebenfalls Sympathie für das Projekt WikiLeaks und das hiermit verbundene Anliegen lässt die Wochenzeitung „Die Zeit“ erkennen, wenn auch die Person Julian Assange durchaus kritisch beäugt wird. Karsten Polke-Majewski schreibt:

„Lassen wir Julian Assange beiseite, seine Geheimniskrämerei, seine Profilierungssucht. Was bleibt dann übrig? Eine Idee: Alle Informationen müssen frei zugänglich sein. Solche, die versteckt sind, werden aufgedeckt, gleich, worum es sich handelt. Wenn dann alles offenliegt, können wir endlich diese Welt und ihre Machtstrukturen verstehen und zum Besseren wenden. Diese Idee muss einem nicht gefallen. Aber die Welt kann nicht mehr ohne sie gedacht werden.“

Polke-Majewski zufolge könnte diese „neue Offenheit“ sogar positive Effekte haben, so schreibt er:

„Der Lohn solcher Offenheit könnte sein, dass verloren gegangenes Vertrauen wiederhergestellt wird. Das böte dann auch eine Chance, bei den größten Skeptikern Verständnis für die Vertraulichkeit zu gewinnen, die mitunter notwendig ist, damit Institutionen funktionieren.“

(Die Zeit 51/2010 vom 16.12.2010, S. 5)

Ebenfalls äußerst kritisch zur Person Julian Assange, aber gleichzeitig die Veröffentlichungen verteidigend äußert sich Harold Evans in der Tageszeitung „Financial Times“, so schreibt er:

“Clearly, it is not the people’s „right to know“ that animates him [Julian Assange; Anm. des Verf.] and his colleagues who remain anonymous while professing the virtues of transparency for everyone else. They are not exposing a Watergate conspiracy. Their ambition is simply to damage America any way they can. On earlier releasing 76,000 military documents about Afghanistan, Mr Assange talked of war crimes they would reveal, but Wiki’s own reckless disclosures identified dozens of Afghans credited with providing intelligence to the US and thereby exposed them to a Taliban beheading. The infantile leftism of this Scarlet Pimpernel will be repugnant to many who would like to see him prosecuted for treason. And yet, and yet, these are not sufficient reasons for an editor to reject the material, or for the US to seek indictments under the Espionage Act.”

(Financial Times vom 4./5. Dezember 2010, S. 9)

An gleicher Stelle führt Evgeny Morozov aus, dass es gar im ureigensten Interesse der USA sei, nicht allzu rabiat gegen WikiLeaks und dessen Aktivisten vorzugehen, viel eher sollte versucht werden WikiLeaks und das hierin angelegte Projekt für eigene Zwecke „einzuspannen“:

“America is yet to realise, however, that it is in its own interest to be nice to Mr Assange. If harmed, he would become a martyr. WikiLeaks could be transformed from a handful of volunteers to a global movement of politicised geeks clamouring for revenge. Today’s WikiLeaks talks the language of transparency, but it could quickly develop a new code of explicit anti-

Americanism, anti-imperialism and anti-globalisation. Mr Assange is more of a college sopho-more still undecided about his major, than a man with a plan (...). What if the US decides not attack WikiLeaks and its partners? True, the released cables are unlikely to undermine unpleasant regimes in Russia, China or much of the Middle East. But in the future, WikiLeaks-style organisations could be useful allies of the west as it seeks to husband democracy and support human rights.“

(Financial Times vom 4./5. Dezember 2010, S. 9)

Als äußerst bedenklich empfindet Oliver Voß die Kriminalisierung von WikiLeaks, im Onlineauftritt der „Wirtschaftswoche“ schreibt er:

„Die Meinungs- und Pressefreiheit ist in demokratischen Staaten ein hohes Gut. In den Vereinigten Staaten sind diese Grundrechte durch den ersten Verfassungszusatz noch einmal besonders geschützt und decken damit auch manche Äußerung, die hierzulande schon als verfassungsfeindlich eingestuft wird. Vor diesem Hintergrund ist das massive Vorgehen gegen Wikileaks so bedenklich. Deren Betreiber werden kriminalisiert und mit islamistischen Terroristen gleichgesetzt. Große Konzerne agieren wie willige Erfüllungsgehilfen der US-Politik. Hätte Wikileaks solche Dokumente aus russischen oder chinesischen Botschaften in die Finger bekommen und diese Länder würden ähnlich rabiat vorgehen, wäre der Aufschrei groß.

Gleichzeitig betonen viele Politiker, die Diplomaten-Depeschen seien vor allem belangloses Geschwätz und Charakterisierungen, die so auch tagtäglich in den Leitartikeln diverser Medien stünden. Warum also die Aufregung um Informationen, auf die zuvor schon 2,5 Millionen Menschen im internen US-Behördennetz Zugriff hatten?“

Weiter führt Voß aus:

„Kriegsverbrechen, Korruption und andere kriminelle Machenschaften sind Missstände, die aufgeklärt werden müssen. Bislang war das vor allem Aufgabe der Medien, die ja auch in der Cablegate-Affäre die eigentliche Aufarbeitung und Analyse der Datenflut übernehmen.

Doch im Internet-Zeitalter gibt es viel größere Möglichkeiten sich mit Hilfe verschiedener Quellen und Originalunterlagen ein eigenes Bild zu machen. Neue Akteure tragen ihren Teil dazu bei – ob es Blogger sind, Bürger die Videos von Stuttgart-21-Demonstrationen auf Youtube veröffentlichen oder die Aktivisten von Wikileaks. Diese neue Vielfalt ist ein Gewinn für alle interessierten Menschen. Genauso haben Aktionäre und Kunden ein Recht darauf, über gesetzeswidrige Aktivitäten von Unternehmen aufgeklärt zu werden. Ob Finanzkrise oder Überwachungsskandale bei Lidl, Telekom & Co.; Korruption bei Siemens oder der FIFA – es gibt mehr als genug Fälle, in denen das Problem nicht zuviel, sondern zu wenig Transparenz ist. Eine frühzeitige Veröffentlichung mancher Interna auf Wikileaks hätte viele Probleme früher stoppen können. Besonders skandalös ist daher die Rolle, die große Unternehmen wie Mastercard, Amazon oder die Ebay-Tochter Paypal derzeit spielen. Unglaublich schnell wurden Dienstleistungen für Wikileaks gestoppt, ohne dass es dafür einen Gerichtsbeschluss oder eine andere juristische Grundlage gäbe.“

(<http://tinyurl.com/69673hw>)

Noch einen Schritt weiter geht Stefan Tomik in seinem Kommentar für den Onlineauftritt der FAZ, in welchem er nicht nur entschieden Partei für WikiLeaks ergreift, sondern sich auch noch äußerst kritisch mit der verbreiteten medialen Reaktion auf die Veröffentlichung der Botschaftsdepeschen auseinandersetzt.

„Wenn Journalisten auf Wikileaks und die Enthüllungen von Wikileaks einschlagen, treffen sie vor allem sich selbst. Ihre Aufgabe ist, Informationen vom Dunkeln ins Licht zu ziehen. Das Gegenteil besorgen schon genug andere (...). Seien wir mal ehrlich: Jeder Journalist hätte sich nach dem Material die Finger geleckert. Vermutlich auch jene, die nun behaupten, es stehe im Grunde nichts Neues drin. Die Geschichte muss gewiss nicht neu geschrieben werden. Aber die ganze Welt diskutiert über Wikileaks. Die Amerikaner jagen die Verräter, der Versender Amazon schmeißt die Dateien von seinen Servern, Visa und Mastercard kündigen die

Zusammenarbeit – alles wegen Tratsch und Klatsch? Die Enthüllungen treffen (bislang) freilich vor allem Demokratien und gerade nicht abgeschottete Diktaturen wie Nordkorea, die es naturgemäß besser verstehen, Geheimnisse geheim zu halten. Zum Beispiel, weil sie über Leichen gehen. Aber soll das ein Argument gegen Wikileaks sein? Dann müssten kritische Journalisten in Deutschland so lange ihre Arbeit niederlegen, bis die Kim-Dynastie weg ist.“

(<http://tinyurl.com/38bf98l>)

Die Solidarität mehrerer deutscher Printmedien gleichzeitig erfuhr WikiLeaks, als am 16.12.2010 unter anderem die taz, die Berliner Zeitung, die Frankfurter Rundschau, der Freitag sowie der Tagesspiegel einen gemeinsamen Aufruf gegen die Kriminalisierung von WikiLeaks veröffentlichten, in welchem es hieß:

„Die Internet-Veröffentlichungsplattform Wikileaks steht seit der Veröffentlichung der geheimen Botschaftsdepeschen der USA unter großem Druck. In den USA werden die Wikileaks-Verantwortlichen als „Terroristen“ bezeichnet, es wird sogar ihr Tod gefordert. Große Internationale Unternehmen wie MasterCard, PayPal und Amazon beenden ihre Zusammenarbeit mit Wikileaks – ohne dass eine Anklage gegen die Organisation vorliegt, geschweige denn eine Verurteilung. Gleichzeitig wird die technische Infrastruktur von Wikileaks anonym über das Internet attackiert. Dies sind Angriffe auf ein journalistisches Medium als Reaktion auf seine Veröffentlichungen. Man kann diese Veröffentlichungen mit gutem Grund kritisieren. Aber wir wenden uns gegen jede Form der Zensur durch staatliche oder private Stellen. Wenn Internetunternehmen ihre Marktmacht nutzen, um ein Presseorgan zu behindern, käme das einem Sieg der ökonomischen Mittel über die Demokratie gleich. Diese Angriffe zeigen ein erschreckendes Verständnis von Demokratie, nach dem die Informationsfreiheit nur so lange gilt, wie sie niemandem weh tut.“

Außerdem fordern die Verfasser des Aufrufs:

„Die in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verbrieft Publikationsfreiheit ist eine Grundlage der demokratischen Gesellschaften. Sie gilt nicht nur für klassische Medien wie Zeitungen oder Fernsehanstalten. Das Internet ist eine neue Form der Informationsverbreitung. Es muss den gleichen Schutz genießen wie die klassischen Medien. Längst hätte es einen weltweiten Aufschrei gegeben, wenn die USA ein Spionage-Verfahren gegen die New York Times, einen finanziellen Kreuzzug gegen den Spiegel oder einen Angriff auf die Server des Guardian führen würden.“

Und abschließend heißt es in der Veröffentlichung:

„Die Kriminalisierung und Verfolgung von Wikileaks geht über den Einzelfall hinaus. Die Veröffentlichung als vertraulich eingestuft Informationen in solchen Mengen soll verhindert werden. Denn die Menge an Dokumenten liefert der Öffentlichkeit einen weit tieferen Einblick in staatliches Handeln als bisherige Veröffentlichungen in klassischen Medien. Der Journalismus hat nicht nur das Recht, sondern die Aufgabe, den Staat zu kontrollieren und über die Mechanismen des Regierungshandelns aufzuklären. Er stellt Öffentlichkeit her. Ohne Öffentlichkeit gibt es keine Demokratie. Der Staat ist kein Selbstzweck und muss eine Konfrontation mit den eigenen Geheimnissen aushalten.“

(<http://tinyurl.com/6zdzz8v>)

#### 4. Die Einwände der Gegner und Kritiker der „whistleblowing“-Plattform

Wenig überraschen dürfte es, dass WikiLeaks für sein Vorgehen allerdings auch zahlreiche und mitunter recht heftige Kritik einstecken musste.

Niklas Hoyer beispielsweise schreibt hierzu für den Onlineauftritt der „Wirtschaftswoche“:

„Die Freiheit des Einen endet an der Freiheit des Anderen. Auch so ein Sinnspruch. Aber einer mit Substanz. Jedes Mal wenn interne Unterlagen, vertraulich gesprochene Worte oder heimliche Video-Aufnahmen in die Öffentlichkeit gezerrt werden, geschieht Unrecht. Die Rechte desjenigen, der auf die Vertraulichkeit vertraut hatte oder von der Aufnahme nichts wusste, werden verletzt. Trotzdem ist dies immer wieder nötig, weil zum Beispiel nur so ein Missstand aufgedeckt werden kann. Das größere Unrecht, das so publik gemacht wird, muss dann das kleinere Unrecht rechtfertigen: den Verstoß gegen die Vertraulichkeit. Insofern nehmen Demokratien den Einzelnen in die Verantwortung – er muss mit seinen Grundrechten verantwortungsvoll umgehen.“

Hoyer räumt zwar ein, dass es sicherlich Dokumente gebe, deren Veröffentlichung gerechtfertigt sei, kritisiert aber, dass WikiLeaks keine dahingehende Abwägung vornehme:

„Bei einzelnen Dokumenten ist es wichtig und richtig, dass Wikileaks sie veröffentlicht. So war es zum Beispiel im April, als Wikileaks ein Video aus dem Irak verbreitete. Dort war zu sehen, wie amerikanische Soldaten aus einem Hubschrauber Zivilisten erschossen und dies zynisch kommentierten. Auch in den aktuellen Unterlagen stecken einige wichtige Fakten – so sollen US-Diplomaten ranghohe Mitarbeiter bei den Vereinten Nationen ausspioniert haben.“

Ob es solche aufdeckenswerten Fakten in den Dokumenten gibt oder nicht, interessiert Wikileaks aber kaum. Allein die Tatsache, dass es eine undichte Stelle – ein Leak – gibt, reicht schon als Grund zur Veröffentlichung. Aktuell will die Plattform rund 250.000 interne Dokumente des US-Außenministeriums veröffentlichen – bislang ist nur ein Bruchteil davon im Netz zu finden. Ob Leser darin nur Belanglosigkeiten lesen oder über wirkliche Missstände informiert werden, ist egal. Wikileaks nimmt in Kauf, dass mit der Veröffentlichung auch die Rechte einzelner Personen, die zufällig in den Dokumenten auftauchen, verletzt werden. Schon hier zeigt sich, dass Assanges Aussage, Regierungen müssten transparent sein, aber nicht Einzelne, ins Leere läuft.

Die Befürworter der Seite machen es sich zu leicht, wenn sie in Wikileaks einfach die Guten, in Supermächten wie den USA die Bösen sehen. Für Demokratien ist es lebenswichtig, dass Menschen frei ihre Meinung äußern können und die Presse frei ist. Jeder muss Missstände aufdecken können. Im Grundgesetz heißt es dazu: „Eine Zensur findet nicht statt“. Der Einzelne muss deshalb aber nicht damit leben, dass zum Beispiel falsche oder irreführende Informationen über ihn veröffentlicht werden. Er kann sich rechtlich gegen solche Veröffentlichungen wehren. Wenn die technischen Möglichkeiten des Internets genutzt werden, um ohne jegliche Einordnung oder Rechtfertigung massenweise interne Unterlagen zu veröffentlichen, werden solche nachträglichen Kontrollrechte zum stumpfen Schwert. Die Folgen könnten gefährlich sein.“

(<http://tinyurl.com/5vb4be4>)

Die „Grenzen der Freiheit“ betont auch Michael Maurer in seinem Kommentar für die Stuttgarter Zeitung:

„Julian Assange taugt nicht zum Märtyrer im Dienste der Informationsfreiheit, wie es jetzt viele in der weltweiten Netzgemeinde gerne hätten (...). Im Kern geht es darum, ob das Streben der Internetaktivisten nach „freier Verfügbarkeit von staatlichen Informationen als Basis einer demokratischen Gesellschaft“, wie es der deutsche Chaos Computer Club formuliert, so weit gehen kann, dass tatsächlich jede verfügbare Information ohne Rücksicht auf die Folgen öffentlich gemacht wird. Julian Assange und Wikileaks handeln exakt nach dieser Maxime. Sie fordern den freien Zugang aller zu allen Informationen und zielen darauf ab, die staatlichen Machtmonopole dadurch zu schwächen, dass eben jede Kommunikation öffentlich gemacht wird. Das hindert den Wikileaks-Gründer freilich nicht daran, seine eigene Organisati-

on eher autokratisch zu führen. Der größte Widerspruch liegt aber darin, dass diese Maxime auf der Annahme fußt, staatliche Stellen hätten keine Privatsphäre, also gebe es auch nichts zu schützen. Doch selbst wenn der Staat keine Privatsphäre hat, so hat er doch das Recht auf die Vertraulichkeit seiner Kommunikationswege. Die Veröffentlichung geheimer Diplomatistenpost verletzt zudem eklatant die Privatsphäre realer Menschen und bringt diese in Gefahr. All dies kann aus übergeordneten Interessen im Einzelfall hinnehmbar sein. Doch das öffentliche Interesse muss dann schon sehr hoch sein.“

<http://tinyurl.com/68fvouu>)

Noch härter mit Julian Assange ins Gericht geht Michael Stürmer in der „Welt“. Unter der Überschrift „Nichts kann die WikiLeaks-Enthüllungen rechtfertigen“ heißt es:

„Es ist schon im Privatleben höchst unangenehm, wenn persönliche Liebes- oder Vermögensgeheimnisse, die man für gesichert hielt, plötzlich die Runde machen und man nicht weiß, wo die Enthüllungen ihren Ursprung haben und ihre Grenze, was Wahrheit und was Klatsch, böswillige Verdrehung oder Informationskriegführung. In den internationalen Beziehungen ist, was die notorische Internetplattform Wikileaks nunmehr in die Welt sendet, nicht nur unangenehm, sondern brandgefährlich. Früher hätte man derlei als Landesverrat klassifiziert und schnellstens unterbunden, auch in der besten Demokratie. Die Informations-technologie und das World Wide Web machen es möglich, dass das Ende jeder Vertraulichkeit absehbar ist. Hat das irgendetwas mit freier Information, Verteidigung der Demokratie, Sicherung des Friedens oder humanem Fortschritt zu tun? Nur ein unverantwortlicher Wichtigtuer, ein Narr oder ein Terrorist kann solches behaupten. Dass die großmächtigen Vereinigten Staaten, die doch das Imperium der modernen Informationstechnologie in Händen halten, sich derlei Schwächen leisten und leisten können, ist unbegreiflich. Einer der Urheber der Leckagen soll in Haft sein – wie tröstlich. Aber die Folgen seines Tuns haben unterdessen die Welt verändert und die Intimitäten der Großen Politik auf die Bühne gezerrt. Wer Hunderttausende Dokumente, von „Nur für Dienstgebrauch“ bis zu den Geheimstufen „top secret“, „cosmic“ und „for American eyes only“ in die Welt sendet, ist völlig außerstande, die Konsequenzen für Leib und Leben der kleinen und großen Akteure, für die Beziehungen der Staaten und für den künftigen Gang der internationalen Diplomatie und des transatlantischen Bündnisses zu überblicken.“

<http://tinyurl.com/2a4uyqq>)

Differenzierter – wenn auch immer noch mit einem recht deutlich negativen Unterton – erscheint die Sicht dagegen etwa in der Tageszeitung „Financial Times“. Unter der Artikelüberschrift „WikiLeaks again“ heisst es:

“Full facts about the actions of those who govern them enable citizens to make better decisions about their leaders, and hold them to account. Where evidence of wrong-doing by those in authority has been suppressed, making it freely available is a public service. Many of WikiLeaks’s previous disclosures – such as the killing of unarmed civilians in Iraq – fit into this category.”

Einschränkend wird allerdings sogleich Folgendes nachgeschoben:

“But this does not mean that all information belongs in the public domain. In order for states to conduct their affairs effectively, and ensure the security of their citizens, some secrets must remain.”

(Financial Times vom 30. November 2010, S. 12)

Nur wenige Tage später schreibt Rodric Braithwaite ebenfalls in der FT:

“Government needs to operate in something like the atmosphere of trust that we look for in business and private affairs. We do not need our rulers to worry more about leaks than about getting the policy right. This does not at all mean that the conduct of public business should not be transparent. On the contrary, it should be subjected to the closest critical attention.”



Das Verhalten von WikiLeaks geht Braithwaite aber eindeutig zu weit:

“The current mania for revealing government secrets has swung too far, and has become a prurient obsession.”

(Financial Times vom 4./5. Dezember 2010, S. 9)

Ähnlich äußert sich Ulrich Greiner in der „Zeit“ in seinem Artikel, welcher mit „Zorro auf Abwegen“ überschrieben ist:

„Man muss sich allerdings fragen, ob das Prinzip schrankenloser Publizität dem Gemeinwohl dient oder ihm schadet. Wahr ist, dass man repressiven Regimen, die ihre Gegner drangsaliieren oder gar umbringen, am ehesten durch eine stetige Veröffentlichung ihrer Untaten beikommt. Auch in Demokratien ist Politik allzu oft ein schmutziges Geschäft, und die Aufgabe einer wachsamem Öffentlichkeit, insbesondere ihrer Medien, besteht darin, kriminelle Praktiken ans Licht zu bringen. Das Internet kann dabei helfen, die jüngsten Enthüllungen von WikiLeaks sind jedoch ein anderer Fall. Die Berichte amerikanischer Botschaften an ihre Zentrale enthalten Amüsantes, Peinliches, auch moralisch Fragwürdiges, politisch Brisantes, und wer voyeuristisch veranlagt ist, wird seinen Spaß haben. Aber nichts, was die Menschheit beschäftigen müsste, steht, zumindest in Europa, auf dem Spiel. Auf dem Spiel steht etwas anderes, nämlich eine kulturelle Errungenschaft: die Fähigkeit, zwischen verschiedenen Kommunikationsformen und Sprechweisen zu unterscheiden. Der kultivierte Mensch weiß genau, welche Worte er unter welchen Umständen zu wählen hat. In seinen vier Wänden spricht er anders als im Büro, am Stammtisch anders als in der Konferenz. Mit mangelnder Aufrichtigkeit hat das nichts zu tun, sondern mit jener Interdependenz, die entwickelte Kulturen immer ausgezeichnet hat (...). Von derlei Selbstverständlichkeiten aber scheinen die Leute von WikiLeaks um den Gründer Julian Assange nichts wissen zu wollen. Sie gleichen Kindern, die am Küchentisch Aufgeschnapptes unter die Nachbarn tragen und sich am Unheil, das sie anrichten, erbauen. Wenn Assange ankündigt, demnächst Dokumente von Banken, Energiekonzernen und Pharmafirmen zu veröffentlichen, wenn er damit prahlt, „ein oder zwei“ amerikanische Banken könnten dabei untergehen, dann spielt er sich als Zorro auf, als Rächer der Entrechteten. In Wahrheit beschädigt er das kulturelle Gut der Vertraulichkeit.“

(Die Zeit 49/2010 vom 02. Dezember 2010, S. 1)

Und auch wenn sich die „Frankfurter Rundschau“ an dem oben zitierten Solidaritätsaufruf für WikiLeaks beteiligte, so muss Assange doch auch von dieser Seite durchaus herbe Kritik einstecken:

„Als Wikileaks geheime Dokumente über den Afghanistan- und später den Irak-Krieg veröffentlichte, konnten sich die selbst ernannten Netz-Enthüller des Beifalls mindestens der Gegner der Invasionen sicher ein. Die politische Wirkung der Publikationen blieb zwar hinter den Erwartungen zurück, aber die Internet-Plattform hatte sich als Aufklärungsmedium mit globaler Bedeutung endgültig etabliert. Das gilt, obwohl die schiere Masse der Texte abschreckte und sie sich ja nicht einfach lesen ließen wie Berichte über einen Verkehrsunfall. Brisantes über fatale Kooperationen der Amerikaner ist auch diesmal avisiert. So weit, so gut. Zumindest teilweise aber liegt die Sache beim neuen Coup anders. Über divergierende Einschätzungen des Berliner Regierungspersonals durch die US-Botschaft in Deutschland etwa mag sich das Publikum, mag sich die politische Opposition amüsieren. Die Offenlegung eines Geheimnisses ist aber kein Wert an sich. Das Siegel der Verschwiegenheit bricht Wikileaks offenbar auch bei Korrespondenzen, die aus nachvollziehbarem Grund geheim bleiben sollten. Ein Diplomat muss in vertraulichen Depeschen an seine Regierung undiplomatisch sein können. Und er kann es nur sein, wenn er nicht befürchten muss, zitiert zu werden. Es gibt Dinge, die der Geheimhaltung unterliegen müssen. Da unterscheidet sich die politische Diplomatie nicht von anderen Betrieben. Für Dritte wäre es vielleicht ein großes Vergnügen, wenn die Personalakten eines Unternehmens am Schwarzen Brett hingen. Aber weder das Personal noch seine Chefs könnten darüber lachen.“

(<http://tinyurl.com/4sl98hp>)

Ein hartes und konsequentes Durchgreifen der US-Administration gegenüber WikiLeaks wird etwa im „Economist“ befürwortet:

“Big crimes deserve tough responses. In any country the theft and publication of 250,000 secret government documents would deserve punishment. If the leaks costs lives, let alone the careers and trust that have already perished amid the WikiLeaks disclosures, the case for action is even stronger. Nor should a government fear to act because its adversaries are popular and fight back. That the digital Jacobines of WikiLeaks have a cult following should not save them from condemnation or prosecution.”

(The Economist vom 11. Dezember 2010, S. 15)

Ähnlich streng geht „Zeit“-Herausgeber Josef Joffe mit Julian Assange, seinen Motiven und dem gesamten „Projekt WikiLeaks“ ins Gericht:

„Für seine Bewunderer ist Julian Assange der Robin Hood des Internets. Er nimmt von den Mächtigen und gibt dem Volk. Jetzt liebt die Digi-Welt ihn noch mehr, weil die Mächtigen zurückgeschlagen und *WikiLeaks* die Konten gesperrt haben. Nur: So einfach – hier die Freiheit, dort das „System“ – ist die Sache nicht. Das beginnt schon damit, dass Assange nicht dem Guten und Wahren dient, sondern eigenen Interessen. Das Ziel ist nicht Transparenz, sondern das Gegenteil, wie er 2006 in zwei opaken Essays schrieb: *State and Terrorist Conspiracy* und *Conspiracy as Governance*. Ein Schlüsselsatz lautet: »Eine autoritäre Verschwörung.« – er meint die USA – „die nicht mehr effizient denken kann, kann sich auch nicht selber schützen“. Die Massen-Veröffentlichung soll den Staat dazu zwingen, die Informationsstränge zu kappen – sich „nach innen abzuriegeln und sich so zu balkanisieren“, wie Assange im *Time Magazine* verriet. Ein System, dessen Teile sich nicht verständigen können, wird langsamer und dümmer; es schrumpft und wird so „weniger effizient“ – zum Dinosaurier mit Vogelgehirn. Die Macht des Staates zu beschneiden ist ein klassisches liberales Anliegen, das die meisten von uns schätzen. Dazu gehört vor allem Transparenz, aber just die wird das erste Opfer sein. Bevor der Staat verdummt, wird er die Schotten dichtmachen. Wie soll das der Wahrheitsfindung dienen? Doch Transparenz will Assange gar nicht. Zitat: „Eine transparentere Gesellschaft ist nicht unser Ziel; das ist die gerechtere Gesellschaft.“ Aha. Ist das nicht das Ziel aller Menschheitsbeglucker, die – wenn sie die Macht dazu hatten – den Menschen gern ins Prokrustesbett steckten? Der liberale Staat kennt kein Gerechtigkeitsmonopol. Gerechtigkeit ist ein vielstimmiger Chor, der seit Cromagnon-Zeiten singt, und zwar nach Regeln. „Ich nehme mir das Recht“, funktioniert als Redewendung, aber nicht als Unterpfand der Freiheit, geschweige denn des Rechts. Denn mein Recht ist dein Unrecht, und deshalb haben wir Richter und Parlamente – die Gewaltenteilung insgesamt. Das Faustrecht, wie es sich Assange nimmt, verbietet jede Gemeinschaft. Aber „keine Macht für niemand“ ist doch die Freiheit, würde die Fan-Gemeine hier rufen. Das stimmt gleich doppelt nicht: Erstens will Assange die Macht – für sich, als Ein-Mann-Agentur des *regime change*. Zweitens ist Anarchie, also Gesetzlosigkeit, die absolute Unfreiheit. Wie kann ich frei sein, wenn in meinem Computer der Schnüffler lauert, sei’s ein staatlicher oder selbst ernannter? Weshalb schützt wohl jeder liberale Staat das Briefgeheimnis und die Vertraulichkeit der Wohnung?“

(<http://tinyurl.com/4s73yar>)

## 5. Ausblick

Die weitere Entwicklung der Auseinandersetzung zwischen WikiLeaks und den USA ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht einzuschätzen. Die bisherige Erfahrung lässt allerdings darauf schließen, dass WikiLeaks bei der zu erwartenden Veröffentlichung von „Leaks“ aus dem US-Bankensektor tatsächlich wohl kaum Rücksicht auf die Finanzmärkte und die Sorgen der US-Administration

nehmen wird. Es bleibt wohl nur zu hoffen, dass WikiLeaks bzw. gegenwärtig in der Entstehung befindliche Alternativplattformen wie „openleaks“ sich der Tatsache bewusst werden, dass Macht – und nichts anderes ist die Verfügungsgewalt über geheime Informationen – auch immer Verantwortung mit sich bringt. Wer Regierungen mangelndes Verantwortungs-bewusstsein und Machtmissbrauch vorwirft, sollte wenigstens die Größe haben, sich selbst ebenfalls an diesem Maßstab messen zu lassen. Dass ein – noch – weiter verstärkter Geheimnisschutz aus Furcht vor weiteren „Leaks“ in Ländern wie den USA die Welt sicherlich nicht gerechter und besser, sondern vermutlich lediglich noch ungerechter, ganz sicher jedenfalls noch unübersichtlicher machen wird, dürfte wohl in jedem Fall feststehen. Man muss offenbar abwarten, ob sich Julian Assange eines Tages dieses Pyrrhussieg bewusst werden wird.